

16.05.01

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
022 (132) - 200 20 - Sta 89/01

Berlin, den 16. Mai 2001

An den
Vorsitzenden des Vermittlungs-
ausschusses des Deutschen Bundestages
und des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am
6. April 2001 verabschiedeten

Gesetz zu Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

zu verlangen, dass der Vermittlungsausschuss gemäß Artikel 77 Abs. 2 des
Grundgesetzes einberufen wird.

Gerhard Schröder

An den
Präsidenten des Bundesrates

Das vorstehende Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Vermittlungsaus-
schusses am 16. Mai 2001 zugeleitet.

Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: Drs. 280/01 (Beschluss)